

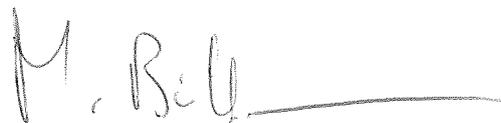
25. Februar 2009

Motionvon Martin Bürliemann (SVP)
und Roger Liebi (SVP)

Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen einer Gesamt-Überprüfung der Aufgaben eine Reduktion des Budgets um 500 Millionen Franken innerhalb der nächsten drei Jahre auszuarbeiten. Dieser Betrag wird in einer oder in mehreren entsprechenden Weisungen konkretisiert.

Begründung

Zürich steckt in der Schuldenfalle. Der Stadtrat kutschert mit einem Phantasiebudget. Das masslose Wachstum der Ausgaben und die Gleichgültigkeit gegenüber der wachsenden Last für den Steuerzahler werden früher oder später zu einem Kollaps führen. Daher soll eine umfassende Aufgabenüberprüfung erfolgen. Sämtliche städtischen Aufgaben sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Alles nicht Notwendige wird gestrichen. In diesem Rahmen soll der Stadtrat eine Kürzung des Budgets von 500 Millionen Franken innerhalb dreier Jahre vorsehen. Dies ist ohne Qualitätseinbusse möglich, wenn sich die städtische Politik von ihrer Verschwendungssucht befreit und sich auf die Kernaufgaben der Stadt konzentriert.



Gemeinderat von Zürich

06.05.09

Postulat

von Roger Tognella (FDP)
und Monjek Rosenheim (FDP)

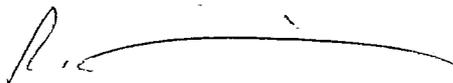
Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern die in naher Zukunft eingeführte neue Zivilprozessordnung die Geschäftslast der städtischen Friedensrichter beeinflusst und was die Vor- und Nachteile einer räumliche Zusammenlegung der einzelnen Friedensrichterämter an einem zentralen Ort wären.

Zu Händen des Gemeinderates soll hierzu ein Bericht erstellt werden, aus dem klar und übersichtlich hervorgeht, wie sich die Geschäftslast der Friedensrichterämter in den letzten 15 Jahren entwickelt hat und welche zukünftige Entwicklung zu erwarten ist. Weiter soll der Bericht, die heutigen Raum- und Personalkosten der Friedensrichterämter auflisten und darlegen, wie gross eine allfällige Einsparung bei einer örtlichen Zusammenlegung der Ämter sowie der Sekretariate ausfallen könnte.

Begründung:

Die Friedensrichterämter spielen in der Rechtspflege im Kanton Zürich eine nicht zu unterschätzende Rolle. In naher Zukunft wird eine neue Zivilprozessordnung eingeführt, welche die richterlichen Kompetenzen der Friedensrichter neu regelt. Dies sollte zum Anlass genommen werden, die heutigen Strukturen in der Stadt Zürich neu zu überdenken und antizipierend allfällige Änderungen an diesen vorzunehmen.

Insbesondere ist festzuhalten, dass heute die sechs städtischen Friedensrichterämter über je eigene Standorte und Sekretariate verfügen. Bei einer Zusammenlegung der Friedensrichterämter an einem zentralen Standort liessen sich vermutlich erhebliche Einsparungen erzielen. Namentlich könnten die heute separat geführten Sekretariate zusammengelegt und der Raumbedarf verkleinert werden.



Gemeinderat von Zürich

02.12.2009

Postulat

von Walter Angst (AL)
und Balthasar Glättli (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der **Einsatz der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips** genutzt werden kann. Die gegen hundert PR- und Kommunikationsstellen sind so einzusetzen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich in voller Transparenz und Offenheit über die Leistungen der Stadt Zürich sowie die Entscheide und die Planungen der Departemente und Dienststellen informiert werden und Zugang zu allen bei der Stadt verfügbaren Informationen erhalten, soweit diesem Anliegen nicht Persönlichkeitsrechte entgegen stehen.

Begründung

Alle Akten, Unterlagen und Datenbestände in allen öffentlichen Stellen sollen für die Bürgerinnen und Bürger prinzipiell zugänglich sein. Dieses Prinzip, das die demokratische Teilnahme an den öffentlichen Belangen und das Vertrauen in die Verwaltung fördern soll, ist zur Zeit nicht erstes Ziel der diversen Kommunikationsabteilungen der Stadt Zürich.

Das mit dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) auch in der Stadt anzuwendende Öffentlichkeitsprinzip hat sich bisher vor allem in einer neuen Kategorisierung der Verwaltungsbeschlüsse niedergeschlagen.

Gleichzeitig ist die Zahl der mit Kommunikations- und PR-Aufgaben beschäftigten Mitarbeiter/-innen jedoch hoch und tendentiell steigend. Im Rahmen des Budgetprozesses wurde und wird diese Steigerung immer wieder kritisiert. Das Unbehagen wurde in der Vergangenheit durch Kommunikationsmassnahmen verstärkt, die eher der Selbstdarstellung und der gezielten Bearbeitung der öffentlichen Meinung als der offenen und transparente Information gedient haben. Eine generelle Überprüfung der für PR- und Kommunikationstätigkeit eingesetzten Ressourcen könnte die Akzeptanz und den Nutzen der von der Stadt Zürich in diesem Bereich eingesetzten Mittel erhöhen.

Behandlung mit Voranschlag 2010, 1500 Präsidialdepartement, Zentrale Verwaltung. Kto 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Bürger-Wahn M

Gemeinderat von Zürich

06.05.09

Postulat

von : FDP Fraktion (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Dienstabteilung „Stadtentwicklung Zürich“ (STEZ) und das „Amt für Städtebau“ (AfS) mindestens in Teilen zusammengelegt werden können und damit Synergien gewonnen werden können und die Führung auf ein Departement beschränkt werden kann.

Begründung:

Die beiden Dienstabteilungen befassen sich zwar mit unterschiedlichen Aspekten der Weiterentwicklung von Zürich. Grob gesagt einerseits mit der „Aussenwirkung“ und strategischen Ausrichtung und andererseits mit dem gestalterischen Aspekt. In der Praxis lässt sich die Grenze aber nicht so scharf ziehen, wie unlängst die Diskussion um die räumliche Entwicklungsstrategie (RES) und die diversen Grossprojekte gezeigt hat. Die Trennung der strategischen und der operativen Ebene in Bezug auf die Stadtentwicklung führt zu Schnittstellenproblemen.

Namentlich die Abteilung „Stadt- und Quartierentwicklung“ der STEZ hat viele Querverbindungen mit dem AfS.

Mit einer Zusammenführung in einem Amt könnte die Verknüpfung der strategischen Ebene mit der operativen klarer geregelt werden.



25. November 2009

Postulat

von Hedy Schlatter (SVP)
und Dr. Guido Bergmaier (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die stadteigene "Fachstelle für Gleichstellung" (Dienstabteilung 1506) abgeschafft werden kann.

Begründung:

- Nach zwanzig Jahren hat die "Fachstelle für Gleichstellung" im Präsidialamt der Stadt Zürich ihren Auftrag definitiv erfüllt und ist daher nicht mehr weiter zu führen.
- Die Gleichstellung von Mann und Frau wird in der ganzen Schweiz weiterhin durch das vom Bundesrat eingesetzte "Eidgenössische Büro für die Gleichstellung der Geschlechter" gefördert und dabei von weiteren Organisationen unterstützt.
- In der Stadtverwaltung wird die Gleichstellung von der Dienstabteilung "2050 Human Resources Management" kompetent wahrgenommen.
- In den vergangenen 2 Jahren, seit der Ablehnung des Postulats 2007/614 durch den Stadtrat, hat sich die Fachstelle weiter von der Realität in der heutigen Zeit entfernt.
- Das Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau ist zudem in den eigenen Reihen bei weitem nicht verwirklicht.
- Das "verstaubte" Gleichstellungsbüro als Selbstzweck oder Tradition aufrecht zu erhalten, ist nicht mehr angezeigt. Das Geld kann besser eingesetzt werden.

Antrag auf Behandlung in der kommenden Budgetdebatte 2010.



Gemeinderat von Zürich

18.11.09

Postulat

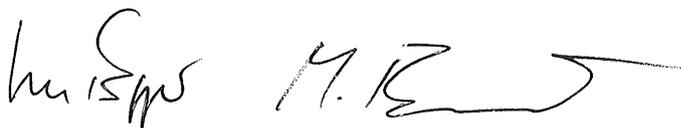
von FDP Fraktion (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Aufgaben des Statistischen Amtes der Stadt Zürich an das Statistische Amt des Kantons Zürich mit einem Leistungsauftrag übertragen werden können.

Begründung:

Das Statistische Amt der Stadt Zürich erhebt viele Zahlen und bearbeitet sehr viele Materialien, welche ebenso gut durch die Kapazitäten auf kantonaler Ebene erledigt werden können. Dass die Stadt Zürich, wäre sie ein Kanton, an neunter Stelle käme, hindert nicht daran mit dem Statistischen Amt des Kantons Zürich einen Leistungsauftrag zu erarbeiten. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort auf die Interpellation 2009/169, es bestehe kein wesentliches Einsparpotential. Die FDP ist überzeugt, dass – gerade im Hinblick auf die künftig noch häufigere elektronische Nachfrage – eine effiziente Lösung mit Leistungsauftrag Einsparungen bringt.

Antrag auf Behandlung mit dem Budget



2. Dezember 2009

Postulat

von Jacqueline Badran (SP)
und Balthasar Glättli (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Statistische Amt der Stadt Zürich vermehrt als stadtinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen genutzt werden und so einen Beitrag zur Aufwandsenkung leisten kann.

Begründung:

Das Statistische Amt der Stadt Zürich verfügt über ausgewiesene Fähigkeiten und eine über 100-jährige Erfahrung in der Erhebung, Verarbeitung, Auswertung und Interpretation von Daten. Weiter verfügt es über riesige Rohdaten-Bestände und hat dank guter Vernetzung verschiedenen Zugriff auf Drittbestände. Zudem verfügt es über Knowhow und Produktionsmittel zur Darstellung, Layout und Druck von Publikationen.

Viele verschiedene Dienststellen der Stadt Zürich müssen Erhebungen machen und benötigen statistische Auswertungen. Diese werden oft unnötigerweise von Dritten erhoben, obwohl Daten teilweise bereits vorhanden sind oder das statistische Amt erleichterten Zugang dazu hätte.

Die vermehrte Nutzung des Statistischen Amtes als Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen durch alle Dienstabteilungen würde eine Steigerung der Effektivität und der Effizienz mit sich bringen. Diese Potentialnutzung könnte damit auch zu einer allgemeinen Aufwandreduktion beitragen.

Antrag auf Behandlung mit Budget 2010
1575 Archiv und Statistik, Konto 3012 0000

Gemeinderat von Zürich

25. November 2009

Postulatvon Walter Angst (AL)
und Jean-Claude Virchaux (CVP)**Abschreibungszuschüsse PWG**

Der Stadtrat wird gebeten, mit den Organen der Stiftung PWG zu prüfen, ob mit Abschreibungsbeiträgen (oder anderen Formen der Unterstützung) der Kauf von Liegenschaften durch die Stiftung gefördert werden kann. Geklärt werden soll unter anderem:

- welche Auswirkungen die Abschreibungsbeiträge auf die Kaufpreise und die Mietpreise haben,
- nach welchen Kriterien und von wem die Beiträge beschlossen werden sollen,
- an was für Bedingungen die Auszahlung geknüpft werden müsste und könnte.

Dem Gemeinderat soll Bericht erstattet werden über die Ergebnisse dieser Abklärungen.

Begründung

Die Stadt hat in der Vergangenheit diverse Abschreibungsbeiträge für den Kauf, die Sanierung oder den Ersatz von Liegenschaften an die Stiftung PWG ausbezahlt. Der Gemeinderat beschliesst mit dem Budget 2010, ob im kommenden Jahr weitere Gelder für Abschreibungsbeiträge zur Verfügung gestellt werden sollen. Ausserdem sind politische Vorstösse eingereicht und überwiesen worden, die die Rechtsgrundlagen so anpassen wollen, dass mehr als die im Gemeindebeschluss vom 7.2.1990 vorgesehenen jährlich 3 Millionen Franken als (Abschreibungs-)Beiträge zur Verfügung gestellt werden können. Es macht Sinn, die Haupt- und Nebenwirkungen solcher Beiträge zu prüfen und Vorschläge zu machen, wie die Ausrichtung beantragt und bewilligt werden soll.

Behandlung mit Voranschlag 2010, Kto 2000.5xxxxx
(Finanzdepartement, Zentrale Verwaltung S. 147)

Walter Angst
Jean-Claude Virchaux

18. November 2009

Postulat

von Dr. Guido Bergmaier (SVP)
und Martin Bürlimann (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Liegenschaft Waldrestaurant „Jägerhaus“ auf dem Käferberg durch Abgabe im Baurecht an einen privaten Investor abgegeben und saniert weiterbetrieben werden kann.

Begründung

Gemäss den Aussagen der Liegenschaftsverwaltung genügt der Betrieb des „Jägerhauses“ in baulicher Hinsicht und mit der Infrastruktur den heutigen Anforderungen nicht mehr. Erforderlich zur Sanierung sei ein umfangreiches Bauprogramm. Restaurierungen und Betrieb von Restaurants gehören nicht zu den Kernaufgaben der Stadt. Daher scheint die Suche nach einem privaten Baurechtsträger sinnvoll.

Das „Jägerhaus“ ist für die Bevölkerung von grosser Bedeutung und in den umliegenden Stadtquartieren sehr beliebt. Es muss ohne Einschränkungen erhalten bleiben und weiterhin zur Verfügung stehen.

Antrag auf Behandlung mit dem Budget 2010

19. August 2009

Postulat

von Monika Erfigen (SVP)
und Roger Liebi (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Gewerbebetriebe, die durch städtisch angeordnete Bauarbeiten besonders betroffen sind und dadurch wirtschaftliche Einbussen in Kauf nehmen müssen, durch Sofortmassnahmen wie Steuervergünstigungen, Gebührenerlasse o.ä. entschädigt werden können.

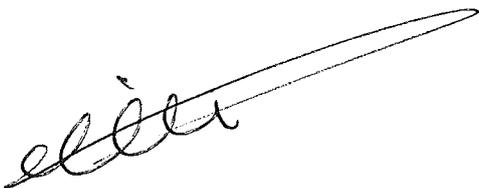
Begründung

Konzentriert und flächendeckend angelegte und während längerer Zeit betriebene Baustellen (wie beispielsweise im Zürcher Seefeld) machen immer wieder Gewerbebetrieben existenziell zu schaffen. Im Sommer 2009 hat das Gewerbe im Seefeld wegen der Aufhebung zahlreicher Parkplätze aufgrund von grossflächigen Bauarbeiten während Wochen zu leiden und Betriebe mussten bereits Umsatzeinbussen von 30 % und mehr hinnehmen. Am Samstag, 25. Juli 2009 waren aufgrund der Situation einzelne Betriebe gezwungen, gar nicht erst zu öffnen, woraus selbstverständlich weitere Umsatzverluste resultierten.

Der Stadtrat von Zürich wird aufgefordert, durch eine verbesserte Baustellenplanung solche Situationen zu verhindern, oder – wenn dies nicht möglich ist – die betroffenen und nachweislich geschädigten Betriebe angemessen zu entschädigen.

Das Gewerbe darf keinesfalls durch städtische Planungen in seinen Anstrengungen behindert werden, Dienstleistungen zu erbringen, Arbeitsplätze zu sichern und Erträge zu erwirtschaften.

Monika Erfigen



Gemeinderat von Zürich

06.05.09

Postulat

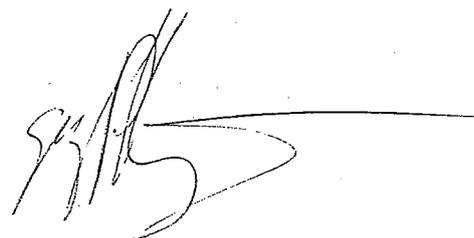
von Severin Pflüger (FDP)
und Marc Hohl (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Aufgaben, die heute von der Stadtpolizei wahrgenommen werden, an Private übergeben werden können bzw. wo mit privaten Organisationen zusammengearbeitet werden kann.

Begründung:

Es gibt Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit (Sport-)Veranstaltungen, die effizienter durch Private wahrgenommen werden können, als durch die Stadtpolizei. Dies gilt auch für Aufgaben im Bereich des ruhenden Verkehrs, der Verkehrserziehung oder der Wartung technischer Anlagen. Die Kantonspolizei Aargau zeigt deutlich, dass so etwas sehr wohl möglich ist, indem sie viele Tätigkeiten durch Private ausführen lässt, selbst Radarmessungen.

Polizisten, Polizistinnen sollten sich verstärkt, auf ihre originären Aufgaben konzentrieren, und so weit möglich Tätigkeiten durch Private ausführen lassen bzw. mit diesen zusammenarbeiten.



Gemeinderat von Zürich

30.09.09

Postulatvon Monjek Rosenheim (FDP)
und Marc Hohl (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie er die Effizienz innerhalb der Stadtpolizei generell steigern kann. Es soll u.a. geprüft werden, ob die heutigen Entscheidungswege nicht etwas lang sind und verkürzt werden könnten. Ebenso sollen die rückwärtigen Dienste bezüglich Verschlinkung zu Gunsten der Front überdacht werden. Und sicher ist hierbei auch eine Verflachung der Führungsstruktur, bei einer ganzheitlichen Betrachtung von Effizienzverbesserungen, zu überdenken.

Begründung:

Ziel dieses Postulates ist es nicht die Qualität der Leistung der Stadtpolizei zu beeinträchtigen, sondern durch Überprüfung der Effizienz der Abläufe und Strukturen - mit Schwergewicht in den rückwärtigen Diensten - die gleich gute oder bessere Leistung für die Bevölkerung Zürichs, aber mit weniger Aufwand, zu erreichen.

Jede Organisation, jeder Bereich einer Unternehmung kann nach einer gewissen Zeit, falls die Abläufe und Strukturen nicht periodisch überprüft und angepasst werden, zu einer etwas ineffizienten Struktur neigen. Die streng hierarchisch und militärisch organisierte und strukturierte Zürcher Stadtpolizei soll deshalb generell vom Stadtrat auf ihre Arbeitsabläufe und Strukturen hin überprüft werden. Insbesondere soll auch eine Verflachung der Führungsstruktur eine Überprüfung erfahren.

Handwritten signature of Marc Hohl, consisting of a stylized 'M.' followed by 'Hohl' in a cursive script.

25. November 2009

Postulat

Kurt Hüssy (SVP)
Peter Anderegg (EVP)

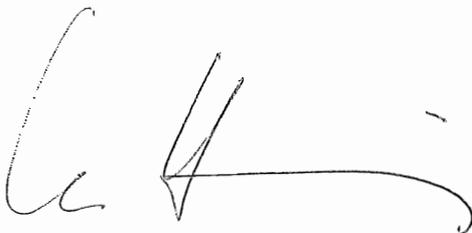
Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf eine Gebührenerhebung für Werbe- bzw. Reklame-
tafeln unmittelbar vor Ladengeschäften verzichtet werden kann.

Begründung:

Bis anhin hat die Stadt Zürich die auf dem öffentlichen Grund aufgestellten Reklamestände
geduldet, sofern diese auf dem Trottoir an der Fassadenseite platziert waren und nicht mehr als
einer pro Geschäft aufgestellt wurde. Mit der Inkraftsetzung der Vorschriften über das Anbrin-
gen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund (VARöG) werden die Reklamestände der Be-
willigungs- und Gebührenpflicht unterworfen.

Für die Postulanten ist nicht ersichtlich, weshalb für etwas, das über Jahrzehnte hinweg keine
Probleme verursachte, nun plötzlich eine Bewilligung nötig sein soll und eine Gebühren zu zah-
len ist. Dies kann nur mit dem gesteigerten Appetit der Verwaltung nach zusätzlichen Fiskalein-
nahmen erklärt werden.

Einmal mehr werden dem Gewerbe zusätzliche Formulare, Bewilligungsverfahren und Gebüh-
ren auferlegt.



Antrag auf Behandlung mit dem Budget

Gemeinderat von Zürich

2. Dezember 2009

Postulat

von Walter Angst (AL)

Der Stadt wird gebeten, ein kohärentes Konzept für die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) vorzulegen. Aus diesem soll insbesondere hervorgehen, ob die ZAS ein repressives Mittel ist, um öffentliche Besäufnisse zu verhindern, oder ob die ZAS die Möglichkeit bieten soll, Berauschte in Gewahrsam zu nehmen, unter professioneller, medizinischer Aufsicht auszunüchtern und die Betroffenen zur Aufsuchung einer Suchtmittelberatung motiviert werden sollen.

Begründung

Die vom Stadtrat bei der Beratung der Budgetkredite für den einjährigen Versuchsbetrieb des ZAS vorgelegten Unterlagen sind bezüglich des Zwecks des ZAS widersprüchlich. Wenn die ZAS – wie im Stadtratsbeschluss 1432 vom 4. November 2009 ausgeführt – eine Institution ist, um „Berauschte unter professioneller, medizinischer Aufsicht auszunüchtern“ erscheint es wenig sinnvoll, diese im Amtshaus I einzurichten und den Schwerpunkt der Ausgaben für den Einkauf oder die Entlohnung von Sicherheits- und Polizeipersonal einzusetzen. Geklärt werden müsste, ob für diese Aufgabe nicht Psychiatriepflegerinnen und -pfleger anzustellen wären. Unklar ist auch, ob es sinnvoll ist, die Sicherheitskosten auf die in Gewahrsam genommenen Personen abzuwälzen, wenn nicht vorgängig geklärt ist, welche Zielsetzung man mit dem ZAS verfolgt.

Behandlung mit Voranschlag 2010, 3010 Städtische Gesundheitsdienste, Kto 3180 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter



Gemeinderat von Zürich

13.05.09

Postulatvon Erika Bärtschi Hafner (FDP)
und Albert Leiser (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er beim Stadtspital Triemli den Betrieb des Facility-Managements (Technik) und den Spital-Gastrobetrieb (Verpflegung) als Pilot an Private Betreiber übergeben kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich betreibt die zwei Spitäler Triemli und Waid. Bei beiden wird das Facility-Management und der Gastrobetrieb durch die Stadt Zürich betrieben. Die Kernaufgabe eines Spitals ist die ärztliche und pflegerische Betreuung der Patientinnen und Patienten. Das Facility-Management und das Führen des Spital-Gastrobetriebs gehören aber nicht zu diesen Kernaufgaben. Das Stadtspital Triemli wird neu gebaut, weshalb dies ein guter Zeitpunkt wäre, diese Tatsache zu überdenken. Es besteht die Möglichkeit, dies mit einem SLA (Service Level Agreement) an Private Firmen, die darauf spezialisiert sind, auszulagern. Bei diesem Neubau könnte dies erstmals getestet werden und falls es erfolgreich wäre auch für das Stadtspital Waid angewendet werden.





2. Dezember 2009

Postulat

Markus Knauss (Grüne)
und Balthasar Glättli (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich mit einer **Informationskampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie** im Sinne des Gemeindebeschlusses vom 11.11.2008 über die Stadt hinaus kritische Argumente zur Atomenergie verbreiten kann. Ein Betrag von Fr. 250'000.- könnte budgetneutral aus einer einmaligen Erhöhung der Ablieferung der Parkhäuser an die Stadtkasse (Konto 2032 3740.0700) gegenfinanziert werden.

Begründung

Staatliche Informationskampagnen müssen grundsätzlich sehr kritisch betrachtet werden. In Einzelfällen ist es aber angebracht, aus gewichtigem Grund eine Ausnahme von diesem Grundsatz zu machen.

Am 11.11.2008 beschloss die Stadtzürcher Bevölkerung mit überragender Mehrheit, auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Atomkraftwerken zu verzichten. Damit hat Zürich den Einstieg in den Atomausstieg beschlossen. In der Schweiz werden aktuell aber mit höchstem Aufwand Projekte für neue Atomkraftwerke vorangetrieben. Dabei geben insbesondere halbstaatliche Energieunternehmen viel Geld für die Werbung aus. So hat aktuell die Berner Kraftwerksgesellschaft BKW FMB Energie, Eigentümerin des AKW Mühleberg, mit einer halben Million versucht, die Waadtländer StimmbürgerInnen zur Zustimmung zum Weiterbetrieb des alten Atomkraftwerks Mühleberg zu bewegen. Die AXPO ihrerseits lobbyierte unter dem unverfänglichen Namen „Energiedialog“ mit Spots für neue AKWs und gegen Alternativenergien und setzt die entsprechende Kampagne auch heute fort.

Die Stadt Zürich soll hier einen Gegenpol setzen und schweizweit darauf aufmerksam machen, dass die Stadt Zürich den Ausstieg aus der Atomwirtschaft wagt und dass dieses Ziel mit einer forcierten Steigerung der Energieeffizienz, mehr Energiesparen und dem Ausbau erneuerbarer Energien auch gesamtschweizerisch realistisch ist.

Eine Finanzierung dieser Information durch eine zusätzliche Ablieferung aus den Erträgen der Parkhäuser drängt sich geradezu auf, da sowohl die Atomindustrie wie die Erdölwirtschaft einem nachhaltigen Wirtschaften und den Zielen einer 2000Watt Gesellschaft und der Reduktion der Treibhausgabe auf 1 Tonne CO₂/Person diametral entgegenstehen.

ANTRAG ZUR BEHANDLUNG MIT DEM BUDGET 2010
Dienstabteilung 3045 Umwelt- und Gesundheitsschutz
Konto 3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit

02.02.2009

Postulat

von Susi Gut (PFZ)
und Markus Schwyn (PFZ)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Installation des Hafenkranes neben dem Rathauscafé verzichtet werden kann.

Begründung:

Die Silhouette des Limmatquais und der Innenstadt der Stadt Zürich würde durch diesen geplanten Kran komplett verunstaltet. Es darf nicht sein, dass man Zürich mit so einem Kran lächerlich macht und dafür auch noch mehr als eine halbe Million Franken Steuergelder ausgibt.

Antrag auf dringliche Behandlung




Gemeinderat von Zürich

2. Dezember 2009

Postulat

von Niklaus Scherr (AL)

Der Stadtrat wird gebeten, die Ausarbeitung einer Gesamtkreditvorlage für alle im Zusammenhang mit dem geplanten neuen Verkehrsregime im Langstrassenquartier (Schliessung Langstrasse und Umleitung des Verkehrs über Feldstrasse/Schöneeggstrasse und Ankerstrasse/Kanonengasse/Militärstrasse/Lagerstrasse) anfallenden baulichen und verkehrsorganisatorischen Massnahmen zu prüfen. Weitere Planungsarbeiten sind bis zur Beschlussfassung über die diese Weisung zu sistieren.

Begründung:

Gemäss Weisung 99 (GR 2007) fallen für die geplante Sperrung der Langstrasse für bauliche und verkehrsorganisatorischen Massnahmen im unmittelbaren Bereich Kosten von 1.431 Mio Franken an. Ausserhalb dieses Kredits werden zurzeit jedoch im Rahmen verschiedener Teilsanierungsprojekte bereits eine Reihe von Anpassungsarbeiten geplant, die unmittelbar mit dem neuen Verkehrsregime zusammenhängen. Dazu gehören u.a.:

- Verlegung der Bushaltestelle 31 Richtung Schlieren von der Schöneegg- und die Militärstrasse (Projekt Militärstrasse, in Realisierung)
- Neugestaltung der Bushaltestelle Schöneeggstrasse 31 stadteinwärts und Schaffung eines neuen Linksabbiegers Schöneeggstrasse-Langstrasse (Projekt Schöneeggstrasse, Planaufgabe)
- Anpassungen Schöneeggplatz und Feldstrasse (Projekt Feldstrasse, Planaufgabe)
- Verwirklichung des Alleenkonzepts im Bereich Militärstrasse- Schöneeggstrasse - Feldstrasse
- neuer Linksabbieger Kanonengasse –Miltärstrasse und Sicherung Fussgängerübergänge Ankerstrasse/Kanonengasse (Projekt Ankerstrasse/Kanonengasse, Vorstudien)
- Anpassungen im Bereich Lagerstrasse mit allfälliger Verlegung Buslinie 31 von der Militärstrasse (Vorstudien).

Die Gesamtkosten für alle diese Massnahmen übersteigen mit Sicherheit die Grenze von 2 Mio Franken. Mit der Aufsplittung in mehrere Teilprojekte wird eine demokratische Beschlussfassung über das verkehrliche Gesamtkonzept mit der Möglichkeit des Referendums verunmöglicht.

Behandlung mit Voranschlag 2010, 3515 TAZ, Kto 3180 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter



21. Oktober 2009

Postulat

von Christina Hug (Grüne)
und Balthasar Glättli (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Beseitigung des Engpasses an der Trichtenhausenstrasse verzichtet werden kann.

Begründung:

Die Trichtenhausenstrasse ist von weit ausserhalb der Stadtgrenze bis zur Hofackerstrasse die einzige Verbindung des motorisierten Verkehrs zwischen den zwei Einfallsachsen Forch- und Witikonstrasse. Zudem bildet sie die kürzeste Verbindung zwischen Witikon und dem Raum Zollikon/Seefeld. Es braucht weder eine prophetische Gabe noch komplizierte Verkehrsmodelle, um das „Schleichwegpotential“ der Trichtenhausenstrasse zu erkennen. Mehrere Engpässe sorgen heute noch als effektive Pfortneranlage dafür, dass diese Strecke nur mässig befahren wird. Eine Verbreiterung der Strasse würde zur Beseitigung dieser Engpässe führen und einem grossen, heute noch sehr ruhigen Wohnquartier eine kaum zu berechnende Menge an zusätzlichem Durchgangsverkehr bescheren.

Christina Hug B. Glättli



2. Dezember 2009

Postulat

von den Fraktionen SP und Grüne

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die unmittelbare Planung so gestalten kann, dass in den kommenden Jahren deutlich weniger Baustellen zur Verbesserung der Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr betrieben werden und das dadurch eingesparte Geld zu Gunsten des forcierten Ausbaus von Velowegen eingesetzt werden kann. Gleichzeitig soll bei den Strassenbauten die verkehrsberuhigenden Rückbauten von Strassen und die Sicherung von Quartierstrassen und Quartierzentren prioritär durchgeführt werden.

Begründung:

Diesen Sommer wurden Stimmen sehr laut, die deutlich weniger Baustellen auf den Strassen der Stadt Zürich forderten. Offenbar wollen ein grosser Teil der autofahrenden Bevölkerung respektive ihre selbst ernannten politischen Lautsprecher im Gemeinderat viel weniger Investitionen in die Strassen-Infrastruktur. Auch das Gewerbe des Tiefbaus hat sich zu dieser Forderung nicht kritisch geäussert.

Die Fraktionen von SP und Grünen nehmen diese Kritik ernst und stellten folgerichtig Anträge, die Budgets 2010 für den Unterhalt und die Erneuerung, sowie den Bau von Strassen um rund 20% zu reduzieren. Die Kredite für den Strassenbau sollen vor allem für die Umgestaltung von Quartierzentren und für die flankierenden Massnahmen eingesetzt werden.

Währenddem immer häufiger über die Verlotterung der Sitten der Velofahrenden geklagt wird, empfindet die Zürcher Bevölkerung den motorisierten Individualverkehr weiterhin als zentrales Problem. Dies ruft nach einer weiteren Förderung der Velomobilität mittels geeigneter baulicher Gestaltung der Velowege. Die Veloverbindungen sollen sicher genug gestaltet werden, damit nicht mehr auf die Trottoirs ausgewichen werden muss.

Folgerichtig soll der versprochene Ausbau der Velowege in Zürich konsequent vorangetrieben werden. Für dieses Jahr haben SP und Grüne darum beantragt, den Kredit zum Bau von neuen Velowegen um 2 Millionen zu erhöhen.

Bei der Priorisierung des Ausbaus der Velorouten soll die Liste der Achsen in der Motion 2009/547 von André Odermatt (SP) und Daniel Leupi (Grüne) berücksichtigt werden.

**Antrag auf Behandlung mit Budget 2010, Dienstabteilung 3515 Tiefbauamt,
Konto 515000 Bau von Radfahreranlagen: Sammelkonto**

Min L. M. L. H. H. H.

Gemeinderat von Zürich

06.05.09

Motionvon Albert Leiser (FDP)
und Alexander Jäger (FDP)

Der Stadtrat wird beauftragt mit dem Kanton Verhandlungen aufzunehmen, welche zum Ziel haben die städtischen und kantonalen Bereiche für Vermessung und Geomatik des Tiefbauamtes der Stadt Zürich zusammenzulegen. Damit sollen gemeinsame Synergien in den Themen Vermessungen, Geodaten und Pläne, GIS, erreicht werden.

Begründung:

Stadt und Kanton führen je getrennt eigene Bereiche mit analogen Bedürfnissen. Vermessungen, Erstellen von Geodaten und Pläne, sowie das GIS tätigen beide Verwaltungen je für sich. Hier sind mit einer Zusammenlegung enorme Einsparungen ohne qualitativen Leistungsabbau möglich. Mit insgesamt weniger Personal kann man eine gleichwertige Leistung erbringen. Die optimierten Schnittstellen können zu Kosteneinsparungen führen und für den Kunden dienstleistungsgerechter werden. Eine „Win-Win“-Situation für Stadt und Kanton.



Gemeinderat von Zürich

06.05.09

Postulat

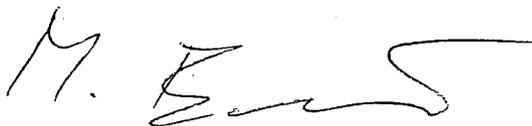
von : FDP Fraktion (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er eine bessere Zusammenarbeit mit der Bosshard AG und der Stadtreinigung in allen Bereichen der städtischen Entsorgung und Recycling erreichen kann. Zuhanden des Gemeinderates soll hierzu ein Bericht erstellt werden, in dem klar und übersichtlich hervorgeht, wie viele verschiedenen Bereiche des ERZ, mit welchen genau umschriebenen Aufgaben in die Bosshard AG, welche noch nicht kostendeckend wirtschaftet, überführt werden können. Im Weiteren wird der Stadtrat gebeten, Synergien bzw. Effizienzverbesserungen zu analysieren, mitteilt bis wann er es umsetzen wird.

Begründung:

In den genannten Bereichen der Stadtverwaltung werden verschiedenste Aufgaben ausgeführt. Dass hierbei Doppel- oder Mehrspurigkeiten auftreten können und Synergien zuwenig genutzt werden liegt in der Natur der Sache bei einer sehr grossen Verwaltung.

Ziel des gewünschten Berichtspostulates ist es, dass der Stadtrat sich und dem Gemeinderat übersichtlich darlegt, wie, wo und von wem heute in Sachen Abfallentsorgung, Reinigung, was gemacht wird und wo Synergien, Effizienzverbesserungen bzw. Zusammenlegungen möglich bzw. sinnvoll sind und was der Stadtrat bis wann wie kostenreduzierend verbessern kann/will.



2. Dezember 2009

Postulat

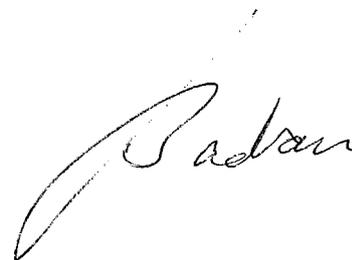
von Lucia Tozzi (SP)
und Jacqueline Badran (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Strategien, Prozesse und die Verwendung von materiellen und personellen Ressourcen in der Dienstabteilung Immobilienbewirtschaftung (4040) durch einen externen Anbieter im Bereich Wirtschafts- und Organisationsberatung überprüft und verbessert werden können. Ziel dieser Analyse ist eine kohärente Strategieplanung und die möglichst effiziente Verwendung der Ressourcen.

Begründung

In der im Jahre 2001 neu gegründeten Dienstabteilung Immobilienbewirtschaftung (IMMO) lässt sich über die letzten Jahre ein stetiges Personal- und Kostenwachstum feststellen. Es bestehen deshalb begründete Zweifel an der Effizienz der Organisation, die intern offenbar nicht in den Griff bekommen wird. Deshalb ist eine umfassende Organisations- und Prozessanalyse notwendig, um eine kohärente Strategie und einen schonenden Umgang mit Ressourcen sicherzustellen. Der Dienstabteilung werden deshalb im Voranschlag die dazu nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Antrag auf Behandlung mit Weisung 425 (Budget 2010), Konto Immobilienbewirtschaftung – 4040 – 3186 0000

Gemeinderat von Zürich

06.05.09

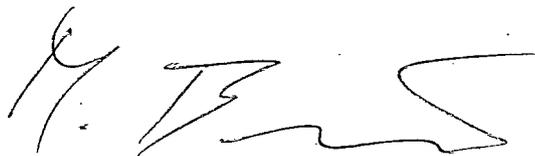
Postulat

von : FDP Fraktion (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Immobilien-Bewirtschaftung IMMO, welche zum Ziel hat das städtische Anlagevermögen zu bewirtschaften, mit der Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens zusammengelegt werden kann. Damit sollen gemeinsame Synergien in den Themen strategische Gesamtausrichtung der gesamten Kapitalanlagen, Personalbedarf, Raumbewirtschaftung und der operativen Tätigkeiten erreicht werden

Begründung:

Die Stadt führt je getrennt eigene Bereiche für die Vermögens- und Finanzanlagen mit analogen Bedürfnissen. Erarbeiten von Strategien / Konzepte, Eigentümervertreter, Liegenschaftenbetreuungen, Administration tätigen beide Verwaltungen je für sich. Hier sind mit einer Zusammenlegung enorme Einsparungen mit Erhöhung der qualitativen Leistung möglich. Damit werden die verschiedenen Interesse der beiden Bereiche, die zu Verhinderung, bzw. hohe Kostenfolge führen, eliminiert. Mit der Personaloptimierung kann man die gleichen, wenn nicht besseren Leistungen erbringen. Die Prozessabläufe werden dazu beitragen.



Gemeinderat von Zürich

06.05.09

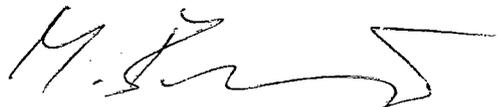
Postulat

von : FDP Fraktion (FDP)

Der Stadtrat wird gebeten, zusammen mit dem Kanton, zu prüfen, wie die städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial zusammengelegt werden können und dies in einem Bericht (Kosten-/Nutzenanalyse) dem Gemeinderat zu präsentieren. Damit sollen gemeinsame Synergien in den Themen Personalbedarf, Raumbewirtschaftung und Einkauf bei der Büromaterialverwaltung erreicht werden.

Begründung:

Stadt und Kanton führen je getrennt eigene Büromaterialbereiche mit analogen Bedürfnissen. Administration, Lager wie Einkauf tätigen beide Verwaltungen je für sich. Hier sind mit einer Zusammenlegung enorme Einsparungen ohne qualitativen Leistungsabbau möglich. Mit insgesamt weniger Personal kann man eine gleichwertige Leistung erbringen, die Lagerbewirtschaftung sollte auch günstiger möglich sein und mit jeweils grösseren Einkaufsmengen können normalerweise bessere Preise ausgehandelt werden. Eine „Win-Win“-Situation für Stadt und Kanton.



Gemeinderat von Zürich

2. Dezember 2009

Postulat

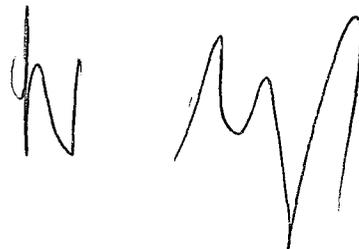
von Walter Angst (AL)

Der Stadt wird gebeten, die für die Erfüllung der kantonalen Vorgaben benötigten zusätzlichen 57.3 Stellen für den Unterricht Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zu bewilligen und den Stellenplan des Schulamts (3020, Löhne der Lehrkräfte) entsprechend anzupassen.

Gemäss Antworten des Schul- und Sportdepartments besteht im Schuljahr 2010/2011 ein Minimalbedarf für den Unterricht „Deutsch als Zweitsprache“ von 143 Stellen (RPK, Antworten SSD Voranschlag 2010, 1. Lesung, Seite 14). Mit den im August 2009 mit StrB vom Stadtrat beschlossenen Stellen sind zurzeit 85.7 Stellen für den DaZ-Unterricht im Stellenplan (RPK, Antworten SSD Voranschlag 2010, 1. Lesung, S. 15). Wenn auf Schuljahresbeginn 2011 die minimalen Vorgaben des Volksschulgesetzes für die Anzahl der anzubietenden DAZ-Stunden erfüllt werden sollen (wie das die Schulpräsidentenkonferenz beschlossen hat), muss der Stadtrat zusätzliche 57.3 Stellenwerte bewilligen.

Um den Schulen Planungssicherheit zu geben, darf dieser Beschluss nicht erst mit den Stellenbeschlüssen für das Budgetjahr 2011 im August 2010 gefasst werden. Vermieden werden muss, dass Schulen keine Anstellungen vornehmen können, weil diese im Stellenplan nicht vorgesehen sind. Auch wenn nicht genügend Fachpersonal zur Verfügung stehen sollte ist eine solche Befürchtung nicht unbegründet, da im Plan für den Voranschlag 2011 insgesamt nur 110,94 Stellen (statt den benötigten 143 Stellen) für den DaZ-Unterricht eingestellt sind (RPK, Antworten SSD Voranschlag 2010, 1. Lesung, S. 15).

Behandlung mit Voranschlag 2010, 5010 Schulamt, , Kto 3020 Löhne der Lehrkräfte

Handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'W' followed by a series of loops and a final downward stroke.